

## Iran: Atom-Konflikt auf Raten

Die drei EU-Staaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben Mitte November mit dem Iran eine Absichtserklärung vereinbart. Darin verpflichtet sich der Iran, die Urananreicherung nur solange auszusetzen, bis die Vereinbarungen mit der EU Vertragsform angenommen haben. Im Gegenzug erklärten sich die drei EU-Staaten bereit, Irans WTO-Beitritt aktiv zu unterstützen, auf nuklearem Gebiet zusammenzuarbeiten und dem Land eindeutige Sicherheitsgarantien zu gewähren.

Damit ist der Konflikt nicht gelöst, sondern nur aufgeschoben. Der Iran will sich das Recht auf Urananreicherung grundsätzlich vorbehalten. Revolutionsführer Khamenei und Staatspräsident Khatami haben sich in den Sommermonaten 2004 verschiedene Male klar darauf festgelegt, auf dem Recht Irans zur Anreicherung von Uran zu bestehen.<sup>1</sup> Diese Position blieb bis heute unverändert. „Iran ist zu einer Zusammenarbeit mit der Atomenergiebehörde bereit, jedoch nicht zu einem Verzicht auf Urananreicherung“, so der Direktor der iranischen Atomenergieorganisation, Reza Aghazadeh, und der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates, Hassan Rohani, Mitte Oktober. „Vielleicht ließe sich über die Dauer eines Moratoriums verhandeln, alles andere überschreitet unsere rote Linie und ist daher nicht verhandelbar“, fügte Rohani hinzu. Ende Oktober beschloss das iranische Parlament einstimmig ein Gesetz, das die Regierung zwingt, auf Urananreicherung auf keinen Fall zu verzichten.

Irans Staatspräsident Khatami offenbarte bei einer Pressekonferenz am 20. Oktober zum ersten Mal indirekt, dass es bei dem Atomprogramm auch um andere Dinge geht als um die Produktion von

Strom: „Noch verfügt Iran nicht über die Atomtechnologie und dennoch diese Aufregung. Gleichzeitig ist jedoch nicht die geringste Sorge darüber spürbar, dass andere Atomwaffen haben und sie auch herstellen.“<sup>2</sup> Noch klarer drückt Irans Verteidigungsminister Shamkhani aus, worum es eigentlich geht, nämlich dass „wir uns nach der herrschenden Lehre ganz sicher bedroht fühlen und dass wir uns für den denkbar ungünstigsten Fall vorbereiten. [...] Ein Land, das sich darauf nicht einstellt, wird das Schicksal erleben wie der Irak.“<sup>3</sup>

Die EU-Troika hat bisher ganz offensichtlich den Ernst der Debatten im Iran ignoriert. Im Kern geht es um die nationale Sicherheit des Landes. Im Zentrum des Konflikts steht die nukleare Bedrohungsasymmetrie zwischen Israel (als kleines Land mit einer Bevölkerungszahl von rund sechs Millionen) an der Peripherie des Mittleren Ostens einerseits und allen anderen Regionalstaaten andererseits – allen voran Iran mit seiner unbestreitbar strategischen Lage im Zentrum des Mittleren Ostens und rund 65 Millionen Einwohnern. Israel fühlte sich mit seiner Bevölkerung von sechs Millionen inmitten von über 200 Millionen Arabern und Muslimen schon immer bedroht und beschloss bereits in den 50er Jahren, dem demographischen Ungleichgewicht gemäß der herrschenden Lehre der *Balance of Power* eigene Atomwaffen entgegenzusetzen.<sup>4</sup> Dadurch setzte es – gewollt oder ungewollt – die Eskalation des nuklearen Wettrüstens in der Region überhaupt erst in Gang. Alle Regionalstaaten, die etwas auf sich hielten, zunächst Ägypten, dann der Irak und jetzt der Iran, wurden zur Aufrüstung regelrecht getrieben. Der Iran kann – völlig unabhängig von der jeweiligen politischen Ordnung – auf Dauer die atomare Bedrohung Israels nicht hinnehmen. Die israelische Bedrohung ist nämlich

<sup>2</sup> „Shargh“, 21.10.2004.

<sup>3</sup> „Shargh“, 8.8.2004.

<sup>4</sup> Zur Entstehung von Israels Atomwaffenprogramm vgl. „Der Spiegel“, 5/2004, S. 110 ff.

<sup>1</sup> Vgl. Bahman Nirumand, Iranisches Katz-und-Maus-Spiel, in: „Blätter“, 10/2004, S. 1171-1174.

nicht abstrakt. Bereits vier Mal erwog Israels Armee den Einsatz von Atomwaffen: 1967 im Sechs-Tage-Krieg, 1973 im Jom-Kippur-Krieg, 1982 bei der Invasion im Libanon und 1991 im Irak-Kuwait-Krieg.<sup>5</sup>

Der Iran strebt sicherheitspolitisch ohne jeden Zweifel ein „Gleichgewicht des Schreckens“ an und folgt damit ebenfalls der im Westen seit jeher dominanten Theorie der *Balance of Power*.<sup>6</sup> Er handelt somit ganz und gar „westlich rational“, sofern hier angesichts eines damit – wie seinerzeit im Ost-West-Konflikt – unvermeidlichen nuklearen Wettrüstens von Rationalität überhaupt die Rede sein kann. Irans Atomprogramm, darüber besteht kein Zweifel, ist energiepolitisch und erst recht ökologisch purer Unsinn, aber völkerrechtlich nicht zu beanstanden. Wohl angreifbar ist jedoch Irans taktisches Spiel, die waffentechnisch relevanten Bausteine des Programms einer Kontrolle der Internationalen Atomenergiebehörde entziehen zu wollen. Insofern verletzt der Iran bestenfalls das Zusatzprotokoll zum Nichtweiterverbreitungsvertrag (NVV), dem so genannten Atomwaffensperrvertrag. Doch stehen die USA in diesem Konflikt moralisch und völkerrechtlich in einem noch schlechteren Licht da. Nicht nur, dass sie entgegen der Selbstverpflichtung aller Atomkräfte (Artikel VI des NVV) atomar nicht abrüsten, sie entwickeln sogar taktische Atomwaffen für den Einsatz gegen die „Schurkenstaaten“ – wozu auch der Iran gezählt wird – und rüsten darüber hinaus Israels Angriffspotenziale auf, die bei einem möglichen Angriff gegen Irans Atomanlagen zum Einsatz kommen könnten.<sup>7</sup>

<sup>5</sup> Vgl. ebd., S. 112 f.

<sup>6</sup> Vgl. auch Mohssen Massarrat, Teherans Atompolitik. Die Balance of Power und das regionale Sicherheitsdilemma, in: „Blätter“ 4/2004, S. 473-478.

<sup>7</sup> Außer den USA als Hauptkooperationspartner Israels beteiligt sich offenbar auch Deutschland zumindest indirekt, durch die Lieferung von umrüstbaren U-Booten, am Ausbau des israelischen Atomwaffenarsenals. Ausführlicher dazu Jürgen Rose, Sharons Zündhölzer für Arabiens Öl, in: „Freitag“, 18.6.2004.

Angesichts dieser Sachlage dürfte der Ende November 2004 beschlossenen IAEO-Resolution keine lange Dauer beschieden sein, da sie dem Iran den Verzicht auf Herstellung von Atomwaffen aufbürdet, Israels atomare Vormachtstellung jedoch unangetastet lässt. Auch die Vorstellung der EU-Troika, den Iran durch einen Kuhhandel „Wirtschaftliche Anreize gegen Verzicht auf Urananreicherung“ beschwichtigen zu wollen, erscheint reichlich naiv. Außenpolitiker von internationalem Rang benehmen sich hier wie schlechte Pädagogen. Sie stecken offensichtlich den Kopf in den Sand und tun so, als wäre ihnen das hinter dem Konflikt stehende Dilemma völlig unbekannt. Basar-Mentalität hin, Basar-Mentalität her – letztlich verhalten sie sich bei dem Konflikt genau wie die iranische Seite.

Hinter der scheinbar undurchsichtigen Haltung Irans verbirgt sich eindeutig eine Doppelstrategie: einerseits alle für eine Atomwaffentechnologie erforderlichen Bausteine zu verwirklichen und – wie Israel, Indien und Pakistan es erfolgreich vorgemacht haben – Schritt für Schritt Fakten zu schaffen, und andererseits sich durch Teilkooperation mit der IAEO vor Sanktionen oder militärischen Angriffen zu schützen. Darauf würden sich jedoch die USA und Israel nach Lage der Dinge nicht einlassen. Sie sind vielmehr entschlossen, mit allen Mitteln zu verhindern, dass der Iran zu einer regionalen Atommacht aufsteigt. Sie glauben, die bestehende Macht- und Bedrohungsasymmetrie auf Dauer halten zu können. Gerade aber weil alle beteiligten Konfliktparteien die Offenlegung des Konfliktes scheuen wie der Teufel das Weihwasser, spielen sie weiter mit dem Feuer, was letzten Endes einen Flächenbrand in der gesamten Region auslösen könnte.

#### *Innenpolitische Kalküle*

Das Verhalten beider Konfliktparteien ist nicht zuletzt innenpolitisch moti-

viert. Irans konservative Machthaber rechnen bei einer Zuspitzung des Konflikts mit der endgültigen Bändigung ihrer reformorientierten Widersacher. Dass Khatami, nach wie vor die Symbolfigur der Reformbewegung und der „religiösen Demokratie“, sich inzwischen das taktische Spiel der Konservativen zu Eigen gemacht hat, können Konservative bereits als einen ersten Erfolg für sich verbuchen. „Wir wollen verhindern, dass der UN-Sicherheitsrat sich mit Iran befasst“, sagte Khatami Mitte August. „Werden sie uns jedoch unser legitimes Recht rauben, dann sollten wir und auch unser Volk bereit sein, den Preis für die Wahrung des nationalen Rechts zu bezahlen; möge dieser Tag aber nicht kommen.“<sup>8</sup> Bei einer weiteren Zuspitzung des Konflikts käme die gesamte religiöse wie laizistische Reformbewegung unter die Räder und würde im Iran weitgehend aufgerieben. Unlängst machte Haschemi Rafsandschani, der strategische Kopf der Konservativen, klar, wohin die innenpolitische Reise geht: „Um unser Ziel auf der internationalen Bühne durchzusetzen, müssen wir jedoch unter uns einig sein. Mit kindischen Streitereien, Fraktionierungen und Träumereien kann man den Kampf gegen derart anmaßende Feinde nicht bestehen.“<sup>9</sup>

In diesem Spiel mit dem Feuer aus innenpolitischem Kalkül stehen Irans Konservative jedoch nicht allein. Ein aus den Wahlen gestärkt hervorgegangener George W. Bush könnte durch eine härtere Gangart bis zum Krieg gegen den Iran die Flucht nach vorne antreten, um von dem ausweglos gewordenen Desaster im Irak abzulenken. Auch Scharon befindet sich wegen der katastrophalen Folgen seiner Politik, die die Israelis zunehmend verarmen ließ, ihnen jedoch keinen Frieden brachte, unter Legitimationsdruck. Angesichts der unnachgiebigen Haltung fundamentalistischer Siedler in der Frage der Räumung israelischer Siedlungen

in Gaza steht Scharon eigentlich mit dem Rücken zur Wand. Das Risiko, dass Bush und Scharon die Gefahren eines militärischen Angriffs gegen Irans Atomanlagen aus innenpolitischen Beweggründen bewusst unterschätzen, ist gegenwärtig ungemein groß.<sup>10</sup>

#### *Bush II und die Chancen der EU*

Man kann nur hoffen, dass dieses gefährliche Szenario nicht eintritt. Die Ausgangsbedingungen sind derzeit allerdings besorgniserregend. Durch die IAEO-Resolution Ende November 2004 wurde der Konflikt nur vertagt. Selbst wenn sich die gegenwärtige Machtelite Irans auf diesen Deal einließe, bliebe Irans Sicherheitsdilemma weiterhin bestehen.

Die EU und die deutsche Außenpolitik müssen zur Kenntnis nehmen, dass ihre defensive Haltung die Unilateralisten in den USA eher stärkt. Die Frontlinien verlaufen nicht, wie viele annehmen, zwischen den USA und Europa, sondern zwischen Multilateralisten und Unilateralisten auf beiden Seiten des Atlantiks. Ein selbstbewusstes und offensives Europa mit glaubwürdigen Konzepten zum Irakkrieg, zum Nahostkonflikt und zum Konflikt mit dem Iran würde die aufrechten und arg in die Defensive geratenen Multilateralisten in den Vereinigten Staaten sicher stärken. Schröders Ablehnung des Irakkrieges hat den verängstigten US-Multilateralisten nachweislich Mut gemacht, aus der Deckung herauszukommen. Auch jetzt sehnen sich diese Kräfte nach Initiativen aus der EU, die ihnen innenpolitisch Auftrieb geben. Daher wäre es analytisch falsch und politisch verhängnisvoll, die eigenen Handlungsmöglichkeiten zu unterschätzen. Nichtstun in der Hängematte der Ablehnung des

<sup>10</sup> Schon früher handelte Israel bekanntlich des Öfteren jenseits des internationalen Rechts und legitimierte „Präventivschläge“, wenn Gefahr für Israels Sicherheit ausgemacht wurde, so u.a. mit dem Angriff auf irakische Atomanlagen am 7.6.1981.

<sup>8</sup> „Shargh“, 12. 8.2004.

<sup>9</sup> „Shargh“, 16.9.2004.

Irakkrieges mag sehr bequem sein, ist jedoch nicht nur defensiv, sondern auch verantwortungslos. Die Chance muss gerade jetzt nach der Wiederwahl von George W. Bush und der Gefahr eines fundamentalistischen Durchmarsches in den USA vorsichtig, aber konsequent genutzt werden. Gerade der Iran-Atomkonflikt bietet der EU die Gelegenheit einer Neuorientierung in der Nah- und Mittelostpolitik.

Die EU ist gegenwärtig auch die einzige politische und, noch wichtiger, moralische Kraft in der Weltpolitik, die mit glaubwürdigen friedenspolitischen Alternativen das Blatt der Geschichte im Nahen und Mittleren Osten wenden könnte. Glaubwürdigkeit gepaart mit Realitätssinn entwickelt eine politisch-legitimierende Dynamik, an der auch die machthungrigsten Betonköpfe in den USA, in Israel, aber auch im Iran nicht vorbei könnten. Die EU hat schon einmal, nämlich mit der OSZE, eine Dynamik in Gang gesetzt, die zur Beendigung des zur damaligen Zeit gefährlichsten Konflikts maßgeblich beigetragen hat. Jetzt gehört in Anlehnung an diese Erfahrungen die Idee einer regionalen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO) auf die Agenda der internationalen Diplomatie.

Nur die Aussicht auf Lösungen, die mit Kooperation, gemeinsamer Sicherheit und Abrüstung auf die gegenwärtigen konfliktträchtigen Frontstellungen reagieren, erweitern den Handlungsspielraum der Reformkräfte in der gesamten Region, nicht nur im Iran, sondern auch in Israel. Politische Positionen in allen Staaten der Region sind veränderbar, wenn plausible Friedensalternativen nicht tabuisiert, sondern hartnäckig vorangetrieben werden.

Für die EU bedeutet das erstens, ihren Kardinalfehler schleunigst zu korrigieren und Israels Atomwaffenarsenale nicht länger zu tabuisieren und das Ziel einer massenvernichtungswaffenfreien Zone auf die Agenda der internationalen Diplomatie zu setzen. Gerade ange-

sichts des Machtvakuumms nach Arafat und der Chance eines Neubeginns auch für den Nahost-Konflikt würde die Forderung nach Einberufung einer KSZMNO eine neue und dynamische Perspektive eröffnen. Zweitens wären die Konfliktparteien gleichermaßen aufzufordern, sich diesem Ziel verbindlich zu verpflichten. Alle weiteren Ziele, darunter Israels Sicherheit, Irans Verzicht auf Atomwaffentechnologien und die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates, hätten sich dann dieser Prioritätenabfolge unterzuordnen. Diese Neuorientierung darf im Fall einer Aussetzung der Urananreicherung im Iran nicht auf die lange Bank geschoben werden. Die entstandene Atempause muss vielmehr als Chance begriffen werden, unmittelbar den nächsten Schritt einzuleiten, anstatt sich auf den Lorbeeren eines Kompromisses auszuruhen, der nach wie vor höchst zerbrechlich ist.

Mohssen Massarrat